opłata pocztowa uiszczona gotówką.

Einzelpreis 20 Groschen.

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsko, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Mlynska 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Eskomptebank, Bielsko. Bezugspreis ohne Zusendung Zl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt am Sonntag" Zl. 5.50), mit portofreier Zustellung Zl. 4.50, (mit illustr. Sonntagsbeilage Zl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

2. Jahrgang. Donnerstag, den 5. Dezember 1929. Nr. 327.

Die tatsächlichen Grundlagen im Kampfe um die neue Verfassung.

Vortrag des Ministers für Handel und Industrie in Lemberg Ing. Eugen Kwiatkowski.

Vor kaum 15 Jahren, unter ganz besonderen Umständen, angesichts des größten Krieges, den die Menschheit durchgemacht hat, wurde der Kampf um die Unabhängigkeit des polnischen Staates aufgenommen. Infolge der bewaffneten Anstrengungen des polnischen Soldaten, der am deutlichsten, am kräftigsten zu den Nationen der ganzen Welt über die Notwendigkeit der Lösung der „Polnischen Frage" gesprochen hat und infolge besonders günstiger Umstände, die in der Vergangenheit keine Analogie haben und die kaum je in der Zukunft eine Wiederholung finden werden, ist das vereinte und große, politisch und wirtschaftlich selbständige Polen entstanden. Kaum vor einigen Jahren aber ist der Prozeß der Vereinigung der polnischen Gebiete unter offiziellen Anerkennungen unserer heutigen Grenzen beendet worden. Es ist dies im Leben eines Staates fürwahr eine kurze Zeit. Trotzdem erscheinen uns diese Jahre der Unglücksfälle und der Anstrengungen, der Vernichtungen und des Wiederaufbaues, des Kampfes und des Sieges so weit entfernt, als wenn uns eine ganze, große, mehrere Generationen umfassende geschichtliche Epoche davon trennen würde. Gleichzeitig vergessen wir an die Gefahren, die unserer Entwicklung und sogar unserer Existenz gedroht haben. Psychologisch ist es vollkommen verständlich, daß Generationen, die so viel Unglück durchgemacht haben, deren Wohlstand vernichtet worden ist, die die schmerzlichsten Konsequenzen des Weltkrieges zu tragen hatten, instinktiv Ruhe, die Möglichkeit, sich dem Wiederaufbau ihrer eigenen Werkstatt, ihres Wohlstandes und ihrer Lebensbedingungen zu widmen, herbeiwünschen. Unterdessen steht vor ihnen mit unbeugsamer Logik die schwere Pflicht und Aufgabe, für die künftigen Generationen feste und stabile Fundamente der Entwicklung zu schaffen, solche Grundlagen der Organisation aufzubauen, die am sichersten und am besten die Unversehrtheit, Sicherheit, Stabilität des Fortschrittes und Entwicklung der Republik sichern sollen. Nur das Bewußtsein des Wertes der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Staates, nur das Verständnis und die richtige Einschätzung der Größe der möglichen Entwicklung, ihrer Bedingungen und der Wege, die dem Staate, der tatsächlich selbständig ist, offen stehen, und die Empfindung aller Kräfte, die gegen ihn arbeiten und sich diesen Prozessen entgegenstellen, sei es von Außen oder Innen des Staates, können in der polnischen Bevölkerung die notwendige Anstrengung, Kraft, Entschiedenheit und Ausdauer bei Realisierung dieser Hauptaufgabe, die auf unserer Generation lastet, hervorbringen.

Wenn auf eine Weile alle großen Staatsmänner des historischen Polen und jene, die ohne Erfolg über „Die Reform der Republik" und über die „Warnungen für Polen" geschrieben und gesprochen haben und die diese Reform, ihren Kräften und den damaligen Bedingungen entsprechend, in die Tat umwandeln wollten und jene, die in fast jeder Generation seit 150 Jahren blutige Opfer an Freiheit und Leben im Namen des Ideals des Wiederaufbaues des eigenen unabhängigen Staates gebracht haben, wieder aufleben und vor uns stehen würden, müßten sie mit Bitterkeit rufen, daß ein großer Teil der polnischen öffentlichen Meinung nichts aus der alten Geschichte gelernt habe, daß sie nicht gescheiter und voraussehender nach dem Schaden geworden ist, daß dieser Teil unabhängig manchmal von der radikalsten Einstellung in sozialen Fragen ohne Kritik das alte, sehr irrationelle Verhältnis zum Staate des damaligen nicht nationalen, sondern Schlachcicen-Polen, daß nicht organisiert und regiert war, sondern immer beriet und überzeugt war, daß Polen „durch die Unordnung bestehe", übernommen habe, wieder aufleben lassen möchte. Die ersten Reihen dieser Gruppen, die manchmal vielleicht unbewußt, diese alten Traditionen des Verhältnisses zum Staate wieder aufleben lassen wollen, die in der Machtlosigkeit der Regierung die Hauptbedingung der Realisierung ihrer eigenen Ziele, ihrer eigenen Politik und ihrer eigenen Macht sehen, bilden die „Parteimenschen". Jeder von ihnen kommt zum Staate mit seiner eigenen sorgfältig aufgezogenen Doktrin. Er sieht und will kein staatliches Programm sehen, daß den besonderen Bedingungen der Existenz des Staates entsprechend aufgestellt ist und den großen Aufgaben entspricht, das ausgestattet ist mit der nötigen Kraft zur Niederwerfung und Abweisung aller der sich häufenden Schwierigkeiten, ein Programm, daß realisiert werden kann und werden muß ohne Rücksicht auf die Aspirationen einzelner Politiker und sozialer Gruppen. Er will Polen wieder aufbauen, einrichten und regieren nicht nur nach dem eigenen Rezept, sondern ausschließlich im Interesse der Gruppen, zu deren Sprecher und Vertreter er sich selbst ernannt hat, im Namen derer Polen regiert und eingerichtet werden soll durch eigene Leute, denn zu anderen hat er nicht das mindeste Vertrauen. Das Oberste Organ der nationalen Demokratie vom 19. November l. J. stellt fest: „Wie immer und überall wird nicht das Programm, aber werden die Menschen für diese Massen das Kriterium des beabsichtigten Werkes sein." In Polen gibt es eine große Menge dieser Parteien und Parteichen. Ihre Programme bilden oft ganz entgegengesetzte Linien, die keinen Berührungspunkt haben. Die bei den Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften geltende Wahlordnung hat zur Folge gehabt, **daß an der Spitze dieser Parteien sich kleine Oligarchien gebildet haben,** die sie auf eine unappellable diktatorische Weise regieren, die unsereinander verhandeln, als wenn sie selbständige Staaten, die unabsetzbar und vor niemanden verantwortlich sind, repräsentieren würden. Daher besitzen sie nicht die Grundbedingungen zur Schaffung eines verständigen und stabilen Kompromisses, das zur Bildung einer einheitlichen Regierung, die positive Arbeit leisten soll und sich nicht immer in einem unproduktiven inneren Kampf aufreiben soll, unbedingt notwendig ist. Nur in einem Falle sind die Oligarchien befähigt im inneren Kampf einen Waffenstillstand zu gewähren, das ist wenn es sich um ihre eigene Existenz, um die Bedrohung ihres eigenen Interesses, um ein System von Reformen, die auch ihre Tätigkeit einer Kritik und Kontrolle der Bevölkerung unterwerfen, handelt.

Außerhalb dieser Oligarchien die ihren persönlichen Ursprung schon in den Vorkriegsverhältnissen hatten, die somit zu einer Tätigkeit gegen einen der Erobererstaaten aufgestellt worden sind, steht die riesige Menge der Bevölkerung. Es sind dies nicht Menschen, die einer Doktrin folgen, aber reale Arbeit auf verschiedenen Abschnitten leisten: Landwirte, Arbeiter und industrielle Angestellte, Kaufleute, Handwerker, Staatsbeamte, Vertreter freier Berufe, die berufsmäßig weder von einer Partei noch von einer Doktrin leben. Es ist klar, daß auch sie eine mehr oder weniger feststehende politische und soziale Ansicht haben, den Stimmungen des Augenblickes und der kunstvollen Agitation der „Parteimenschen" unterliegen, auch sie haben Sympathien für und gegen die Regierung, die wellenartig schwanken, sich unter dem Einflusse der realen Gestaltung und der eigenen Lebensbedingungen oder der Meinungen der Menschen, denen sie Vertrauen schenken, formen. Sie versuchen auch, ihrer eigenen Ueberzeugung durch Erfüllung ihrer Bürgerpflicht, durch Abstimmung und Wahlen Ausdruck zu geben. Aber der Zusammenhang mit der Partei ist kein inniger in dem Sinne, daß sie in ihr nicht den Zweck für sich selbst sehen, daß es sich ihnen um das Interesse der öffentlichen Angelegenheiten und nicht um das Interesse von Menschen und der Oligarchie handele. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn sie Gelegenheit hätten, persönlich den ganzen komplizierten Mechanismus der Fälschungen, die ihnen zum Glauben dargeboten werden, zu überprüfen, so würden sie in ihrer großen Mehrheit ihre Ansichten über öffentliche Angelegenheiten, die sie jetzt haben, ändern.

Zu den ersteren, zu den „Parteimenschen" habe ich gar nicht die Absicht zu sprechen: Ich weiß, daß diese Leute kein Argument überzeugen kann, selbst wenn es sich um die Existenz um die ganze Zukunft des Staates handeln würde. Hingegen will ich sprechen zu allen jenen, für die ein Argument zumindest die Verpflichtung zur Ueberlegung und Ueberprüfung einer Frage bedeutet.

Ich will heute reden von den eigentlichen, tiefsten, unterirdischen Quellen des Kampfes und Streites im inneren des Landes, um die Richtlinien der Fundamente des Staates, der Kämpfe, die immer schärfere Formen annehmen und sich vielleicht noch verschärfen werden und für die Parteimenschen vielleicht auch ein Entscheidungskampf sind, die aber für eine Regierung, die auf das innigste mit der Person des Marschall Pilsudski verbunden ist, ein schweres Gebot der Pflicht und ein Gebot des Verantwortungsgefühls vor der Geschichte sind.

Die **erste Fälschung,** die in großem Maße in die Bevölkerung eingedrungen ist, ist die Behauptung, **daß der ganze Kampf mit den Sejmparteien ein hoshafter Einfall der sogenannten „Sanacja", des Lagers der „Nachmai-Partei" sei, daß er der Vorwand sei, hinter welchem die derzeitige Regierung und das derzeitige System seine autokratischen Versuche verbergen will.** Der Sejm, eigentlich aber dessen Parteioligarchien wollen die Politik und Abrechnungen der Regierung kontrollieren, sie wollen die Tätigkeit der staatlichen Behörden kritisieren, sie wollen die Berichte der Obersten Kontrollkammer überprüfen, sie wollen anklagen und den Staatsgerichtshof anrufen und die Regierung statt daß sie diese Forderungen erfüllt, ruft fortwährend, daß die Revision der Verfassung notwendig sei, verlangt eine sachliche Diskussion über das Budget und hindert den Sejm an den normalen und kampflosen Beratungen laut dem durch die Verfassung geheiligten Rechte des Sejm und laut den bis zum Mai 1926 geltenden Gewohnheiten.

Die **zweite Fälschung,** die mit immer größerer Kraft der Bevölkerung eingeimpft wird, ist die **Behauptung** einer programmäßigen Besprechung der Regierung, **die Rechte der Demokratie zu beschränken, der Bevölkerung eine Organisation aufzudrängen, die die Rechte der breitesten Massen der arbeitenden Bevölkerung vernichtet und die der Bevölkerung das Recht der Kontrolle der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit der Regierung raubt.**

Bevor ich auf diese Vorwürfe, die für die Grundfrage des besprochenen Themas wichtig sind antworte, sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß der Kampf um die Regelung des Verhältnisses zum Sejm und die speziellen Berechtigungen der Parteioligarchien der Regierung gegenüber nicht ein neuer von heute stammender und nach dem Mai 1926 entstandener Gedanke ist. Diese Frage war schon ganz und grell in Polen des 17. und 18. Jahrhunderts aufgestellt. In den grundlegenden Fragen ist keine Veränderung eingetreten. Der Kampf wird auf derselben Fläche und fast mit denselben Methoden ausgefochten. Während die erleuchtetesten und voraussichtlichen Staatsmänner und Publizisten die Schaffung einer elastischen Exekutivgewalt forderten, die die Attentate Fremder auf die Unversehrtheit und Sicherheit des Staates zu bekämpfen befähigt wäre, hat die damalige pseudodemokratische Schlachta, die der egoistischen Oligarchie der Despoten sich bediente, „Veto" geschrien und behauptet, daß sie dies zum Schutze des Ständeparlamentarismus tue. Während dieselben Staatsmänner ohne Unterlaß die Schaffung einer regulären Armee verlangten, behaupteten die anderen, daß die beste Form eine Adelsmiliz, „der Landsturm", sei und eine starke Armee eine absolute Regierung, ein Uebergewicht der Regierung, der Exekutivgewalt über die Sejmdemokratie bedeute. Als schließlich eine der voraussehenden Mächte verlangte, daß den Städten

Rechte verliehen und von den Landbesitzen Steuern eingehoben werden, daß die Bauern mit Besitz beteilt werden und eine Agrarreform durchgeführt werde, haben die anderen das Losungswort ausgegeben, daß dies eine Vergewaltigung der durch die Verfassung geheitigten Rechte und Privilegien sei.

Ich nehme jetzt die Arbeit des Stanislaus Staszic aus den letzten Jahren des 18. Jahrhundertes zur Hand, in welcher in einer außerordentlich klaren Synthese diese lang dauernden und erfolglosen Kämpfe um eine entsprechende Organisation des Staates, um eine Festsetzung des Verhältnisses des Sejm zu der „Magistratur der Exekutivgewalt", das ist zur Regierung auf eine solche Weise dargestellt sind, daß sie bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. So finden wir in den „Bemerkungen über das Leben des Johann Zamoyski" nach der Charakterisierung der Händel, Korruption und Verfechtung von Privatinteressen bei den Wahlsejms, die ständig das öffentliche Leben verdüsterten, folgende Absätze, die im allgemeinen die Tätigkeit der polnischen Sejms und insbesondere ihr Verhältnis zu den Königen und den Regierungen kennzeichnen. Wir lesen dort:

„Im Jahre 1752, auf dem ersten Sejm nach dem ruhmvoll beendeten Kriege mit Moskau haben die Bürger, die noch von der Wahl her den König mit Haß verfolgten, sich durch einige Tage im Sejm gestritten, dem Sejm durch private Angelegenheiten die Zeit geraubt und dem König nicht gestattet, über öffentliche Angelegenheiten zu beraten. König Batory, der sich mit großen Absichten getragen, hatte nicht einmal Gelegenheit dieselben im Sejm der Nation bekannt zu geben. So leicht ist es in den polnischen Sejms, die für die öffentliche Beratung bestimmte Zeit für Privatangelegenheiten zu vergeuden."

„Zur Zeit desselben Siegmund (3.), als die Kosaken Podolien plünderten, Michael, der Wojewode von Wolowien Pokucie mit Feuer und Schwert vernichtete, Karl, der Fürst von Sudermann, in Flanten raubte und viele andere Feinde sich gegen Polen verbanden, haben einige Bürger vergessen, daß mit allen anderen auch sie zu Grund gehen müssen, und in dem Sejm alle Mittel zur Verzögerung der Beratungen angewendet. Schließlich haben sie persönliche Angelegenheiten wegen des Krakauer und Kujawer Bistums vorgebracht und den Abgeordneten gestattet, zu schreien, aber eine Beratung nicht zugelassen."

„Die die Ausführung der Gesetze überwachende Magistratur" (das ist die Regierung) wurde durch die gesetzgebende Gewalt stets angegriffen und mit gehässigen Anfällen verfolgt und hat daher im Volke kein Vertrauen gefunden, sodaß sie, nachdem sie bei allen Schritten große Widerstände, Streitigkeiten und Kränkungen erlitten hat, des Amtes überdrüssig oder untätig wird. Ein Beispiel dieses unglückseligen Zustandes eines Staates ist das Königreich Polen."

Hat sich dieses grelle und traurige Bild nicht auch in den ersten Sejms des neuen wiedergeborenen Polens, vielleicht noch greller und noch gefährlicher wiederholt?

Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, daß die jetzige Regierung keine Irrtümer, Fehler und Vernachlässigungen sich hat zu Schulden kommen lassen. Wir haben eine junge, unausgearbeitete, auf den Fehlern der ererbten österreichischen und russischen Verwaltung aufgebaute Verwalwaltung. Wir haben ein bürokratisches, zentralistisches System übernommen, daß wir zum Ueberfluß in den ersten Jahren unserer Selbständigkeit noch vertieften und ausbreiteten. Hunderte von kommunalen, sozialen Instituten, von privaten Unternehmen, kranken an dem Mangel entsprechend vorbereiteter und geschulter Menschen. Der Staat hatte kein anderes Reservoir von Menschen zur Verfügung, als jenes, das ganz Polen benützte, nur mit dem Unterschied, daß infolge der beschränkten Budgetmittel und der vielen Investitionsbedürfnisse, die keine Verzögerung vertragen haben, der Staat seine Angestellten schlechter bezahlen kann, als die privaten Institute. Kann jemand bei gesundem Verstand verlangen, daß die paar Minister im Laufe von einigen Jahren ein solches System der staatlichen Verwaltung schaffen, daß keinen Fehler und keine Ueberschreitung zuläßt? —

Mit vollem Bewußtsein des Objektivismus muß ich aber feststellen, daß es heute besser ist, als zu Zeiten, wo in den Ministerien die Sejmoligarchien regierten. Vor Mai 1926 wurde regelmäßig nach einigen Monaten die Regierung gestürzt und das auf eine Weise, daß es sich nicht um die Ersetzung der einen oder anderen Person im Ministerium handelte, **sondern immer gleich um die Aenderung des ganzen Regierungssystems.** Am längsten hat sich an der Macht erhalten jene Regierung, die als **System auf dem Sejmforum die Korruption der Parteien und der Abgeordneten** akzeptiert und angemeldet hat. **Welch entsetzlichen Inhalt haben die Protokolle über die bei einer der Staatsbanken durchgeführten Kontrolle für die Zeit vor dem Mai 1926.** Das Schema dieser Affären ist fast einheitlich. Irgend welche unbekannte Personen haben um eine Anleihe, und zwar um eine nicht geringfügige, eingereicht. Als Vorwand wurde der Betrieb einer Fabrik, einer Bank, einer Kooperation und dergleichen angegeben. Das Bankkomitee stellt fest, daß das angegebene Geschäft überhaupt nicht bestehe, eine Fiktion sei, daß die einreichenden Personen kein Vertrauen verdienen. Es folgt eine Notiz, daß die Bedenken durch diese oder jene Partei oder diesen oder jenen Abgeordneten unterstützt werden. Das Bankkomitee stellt jedoch den Antrag, das Gesuch abzuweisen, worauf die Bemerkung folgt: **„Ueber Auftrag des Finanzministers Anleihe bewilligen".** Natürlich werden alle Formalitäten gesetzlich glänzend durchgeführt, sodaß nicht einmal in dieser Angelegenheit ein Prozeß möglich ist. Es ist auch nicht eine einzige Summe voll rückgezahlt worden. Aber **formell, auf dem Papier, war alles so erledigt, daß selbst das Kollegium der Obersten Kontrollkammer nicht den Antrag stellte das Absolutorium der betreffenden Regierung zu verweigern.**

Die Produktion der Sejms auf gesetzgeberischem Gebiete in der ersten achtjährigen Periode ist eine **verschwindend kleine.** Weder die wichtigsten wirtschaftlichen Gesetze, noch die Steuerreform, noch die Valutareform, noch die wichtigsten Selbstverwaltungsgesetze, die Gesetze über die staatlichen Unternehmungen, viele soziale Fragen wurden in dieser Zeit erledigt, trotzdem die Sejms fast ohne Unterbrechung tagten, die Regierungen aber den mindesten Einfluß auf den Lauf der Sejmberatung hatten. Manche Projekte ruhten seit Jahren in den verschiedenen Ausschüssen. Sogar die wichtigsten grundsätzlichen Gesetze der politischen und wirtschaftlichen Unifizierung der Gebiete Polens wurden erst in den Jahren 1927-28 in Form von Dekreten des Staatspräsidenten auf Grund besonderer Vollmachten, die der Regierung zugesprochen worden sind, erlassen. **Hingegen hat der Sejm, als die Regierung, nachdem sie keine Ermächtigung zur selbständigen Reformierung des Steuersystems hatte, einen Entwurf im Sejm einbrachte, denselben abgelehnt.** Man kann zwar behaupten, daß der Regierungsentwurf dem Sejm schlecht und nicht entsprechend erschienen ist, aber dann müßte der Sejm angesichts der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage denselben durch einen anderen besseren ersetzen und das nicht zu demagogischen Zwecken, sondern ehrlich, so, daß derselbe ehebaldigst als geltendes Gesetz erscheinen könnte.

In der Frage des Budgets bestand in der Zeit vor dem Mai 1926 ein vollständiges Uebergewicht des Sejm gegenüber der Regierung. Es herrschte sogar eine große Harmonie unter den staatlichen Aemtern. Das Gespenst des Staatsgerichtshofes ist nicht im Geiste eines einzigen Abgeordneten bezüglich der Budgetfrage erschienen und doch sind die Fragen des Gleichgewichtes des Staatsbudgets und der Stabilisierung der Valuta so wichtige Forderungen wie Luft und Brot für das tägliche Leben des Menschen. **Indessen waren die Budgets damals immer nicht ausgeglichen und die zweite Inflation war eine Niederlage, wie ein verlorener Krieg, denn sie kostete die Bevölkerung hunderte Millionen von Verlusten.**

In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 (d. i. in der Periode, in der die Valuta tatsächlich in Umlauf gekommen und stabilisiert worden ist und diese deshalb sich eignet zum Vergleich mit der gegenseitigen Periode) haben die durchschnittlichen Monatsausgaben des Staates 259.3 Millionen Zloty betragen. Dies waren Ausgaben, die aus der Bevölkerung herausgeholt wurden, während sie über weit geringere Geldmittel verfügte als heute und die Produktion und der Konsum geringer waren. In der zweiten Hälfte des Jahres 1928 haben die durchschnittlichen Monatsausgaben den Betrag von 244 Millionen erreicht und im ersten Halbjahr 1929 fielen sie wieder auf 236 Millionen Zloty. Es müssen aber hier zwei Korrekturen durchgeführt werden. Im Jahre 1929 sind die monatlichen Ausgaben gestiegen wegen der Verzinsung und Amortisation neuer Anleihen, die damals nicht bestanden haben, und durch größere Auslagen für Invalidenrenten, die summarisch ca. 20 Millionen Zloty betragen haben. Dies ist die erste Korrektur. Die zweite nicht minder wichtige Korrektur betrifft die Qualität des Budgets. Welche ständigen, die Entwicklung des Wohlstandes der Bevölkerung ermöglichenden Werke sind als Effekt der Monatsausgaben, die nach Durchführung der ersten Korrektur von über 40 Millionen Zloty mehr als heute betragen haben, geschaffen worden? Vielleicht wurden Straßen, Bahnen, Brücken gebaut, Flüsse reguliert, kommunale Investitionen geleistet oder subventioniert, Staatsgebäude gebaut oder Fabriken für Kunstdünger errichtet, Grundstücke verbessert, der Ausbau von Gdynia oder der Handelsflotte beschlossen? **Nichts davon! Das Budget war ein Konsumbudget und das Geld verschwand wie Kampfer. Natürlich mit Zustimmung des Sejm in Uebereinstimmung mit dem vorgesehenen Plan, mit Zustimmung der Obersten Kontrollkammer und mit Orden für die demissionierten Minister!**

Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich eine Weile aus dem Rahmen der kaltblütigen Argumentation ausgesprungen bin, aber in der paradoxen Situation, in der der Sejm im ganzen Lande heute nach Ersparnissen ruft, nach einer Kontrolle über die Ausgaben der Regierung, in der der Staatsgerichtshof, wenn es von der Parteioligarchie abhängen würde, in Permanenz amtieren müßte und wo gleichzeitig die Straflosigkeit einer Unmasse Sünden aus der Vergangenheit desselben Sejmsystems festgestellt wird, hat man das Gefühl, **daß hier eine tragische Farce gespielt wird.**

Und nun das **Valutagebiet.** In vergangenen Jahrhunderten haben die Regierenden Valutabetrügereien an ihren eigenen Nationen begangen. Es wurden bewußt falsche Münzen herausgegeben und mit dem Amtsstempel eines hohen Wertes versehen. In Polen wurden ohne Bewußtsein der Folgen, aber mit stillschweigender Zustimmung des Sejm einige Male fatale Valutaexperimente in den ersten Jahren der Unabhängigkeit durchgeführt. **Die erste Wiedergeburtanleihe und die sogenannte Prämienanleihe waren das erste grelle Beispiel,** wie von der patriotischesten Bevölkerung und der Emigration manchmal die letzten Ersparnisse in Form einer Staatsanleihe herausgezogen werden, um in Form der Devaluation ihr nur einen Bruchteil davon zurückzugeben. **In den Jahren 1925 und 1926 wurde der Staat wieder mit wertlosen Scheidemünzen überschüttet,** deren Verhältnis zum Umlaufe der Banknoten, die eine bescheidene Deckung gehabt haben, mit mathematischer Sicherheit zu einer Inflationskatastrophe und zu Verlusten führen mußte, die die breitesten Massen der Bevölkerung betroffen haben. Wenn nämlich der Umlauf der Banknoten, schon nach der heutigen Parität und der heutigen Kaufkraft des Geldes in der ersten Hälfte des Jahres 1926 — 521 Millionen Zloty betragen hat, so hat gleichzeitig der Umlauf des ungedeckten Billons analog über 535 Millionen Zloty, d. i. 103 Prozent im Verhältnisse zum Umlaufe der Banknoten ausgemacht. Der Vorrat an Edelmetall und Valuten hat wiederum nur 213 Millionen Zloty betragen und bei Berücksichtigung der neuen, jetzt geltenden Valutaparität 367 Millionen Zloty.

Wie anders sehen diese Ziffern in der Mitte des Jahres 1929 aus! Der Vorrat an Edelmetall und Valuten ist fast auf das Dreifache gestiegen, er hat mehr als 1 065 Millionen Zloty betragen. Der Umlauf der Banknoten erreicht den Betrag von 1 300 Millionen Zloty und der Umlauf der Scheidemünzen ist auf die normale Ziffer herabgesetzt worden, d. i. auf 234 Millionen Zloty oder 18 Prozent des Umlaufes der Banknoten. **Auf diese Weise ist die kranke Valuta die den ganzen wirtschaftlichen Organismus angesteckt hat, gesundet.**

Welch schwere Last aber dem ganzen wirtschaftlichen Leben insbesondere **eine versteckte Inflation** bringt, kann das Studium der Bankbilanzen und der privaten Aktiengesellschaften, die damals alle mit Verlusten abschlossen, einem vor Augen führen. Die daraus dem Staate entstandenen Schäden sind bis zum heutigen Tage noch nicht abgeschlossen und liquidiert. Viele wirtschaftliche Institutionen haben sich seit dieser Zeit überhaupt nicht mehr erholen können; die Gesundung derselben aus öffentlichem Interesse mußte aber dem Staate und den Staatsbanken zur Last fallen. In weiterer Folge wird diese Tatsache sich lange in dem ausländischen Kredite Polens und im Sparprozesse der verschüchterten Bevölkerung auswirken, da das Vertrauen in die elementarsten Grundlagen und staatlichen Funktionen in Polen geschwunden ist.

So könnten wir in analogen Erwägungen immer weiter fortfahren.

Die Jahresbotschaft Hoovers.

Englische Pressekommentare.

London, 4. Dezember. Mit der Jahresbotschaft des amerikanischen Präsidenten Hoover beschäftigen sich die englischen Blätter. Ein führendes englisches konservatives Blatt sagt, mit bewunderungswerter Offenheit habe Hoover selbst zugegeben, daß das friedfertige Amerika mehr für seine Armee und Flotte ausgebe als irgend eine der sogenannten militärischen Nationen der alten Welt. Die Vereinigten Staaten könnten selbstverständlich diese Lasten besser tragen als irgend ein anderes Land. Aber selbst die Amerikaner müßten die von ihrem Präsidenten genannten Zahlen recht beunruhigend finden.

Ein anderes englisches konservatives Blatt stellt fest, daß Hoover bei der Erwähnung des Kriegsächtungspaktes nichts über die Lage in der Mandschurei gesagt habe. Dazu bemerkt das Blatt, die Tatsache, daß es nicht gelungen sei in dieser Frage eine übereinstimmende Haltung der Mächte zu Stande zu bringen, zeige, wo die von Hoover mit Stolz erwähnte staatsmännische Leistung des Kriegsächtungspaktes ihre Grenzen habe.

Ein englisches Finanzblatt verweist darauf, daß Hoover erklärt habe, die Rüstungen der Vereinigten Staaten dienten entsprechend dem Kriegsächtungspakt nur Verteidigungszwecken. Das Blatt sagt, es sei undenkbar, daß Hoover damit die Wahrung von Ruhe und Ordnung im Lande ohne die Abwehr eines Angriffes gemeint habe. Die Streitmacht wird zur Verteidigung der amerikanischen Politik gewünscht. Daß sei, so sagt das Blatt weiter, die wichtigste Vereinbarung in der Denkweise des amerikanischen Volkes. Vor 1914 habe Amerika nicht Anspruch darauf erhoben, in Fragen der internationalen Politik eine beherrschende Stimme zu haben. Im Gegenteil: es habe sich lieber abseits gehalten. Heute sei die Lage verändert und die großen Aufwendungen für die amerikanische Marine seien eine Betonung des Willens zur Macht in internationalen Angelegenheiten.

Audienz beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident hat am Dienstag um 11 Uhr vormittag den Präsidenten der staatlichen Agrarbank in längerer Audienz empfangen und mit ihm über landwirtschaftliche Fragen und über die Sitzung des Beirates zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Organisation eine Konferenz abgehalten.

Kabinettsbildung in Belgien.

Brüssel, 4. Dezember. Das vom Ministerpräsidenten Jaspar neugebildete Kabinett hat dieselbe Zusammensetzung wie das vorhergehende. Hiermit ist die Ministerkrise beendet. Der Kabinettsrat wird am Freitag den Text der Regierungserklärung ausarbeiten, die am Dienstag vor dem Parlamente verlesen werden soll.

Jackson Reynads wird nicht Vorsitzender der internationalen Bank

New York, 4. Dezember. Jackson Reynads, der mit dem Dampfer „Ilse de France" hier eintraf, erklärte die Gerüchte für unzutreffend, wonach er Vorsitzender der internationalen Bank werde, falls diese gegründet würde. Er fügte hinzu, er werde die Annahme des Vorsitzes ablehnen, wenn er ihm, was bisher nicht der Fall gewesen sei, angeboten würde.

—0—

Labourregierung und Kohlenproblem.

Die englische Kohlenoffensive.

Die auffallend starke Aktivität, die seitens der Labourregierung seit einiger Zeit in der Kohlenfrage entfaltet wird, scheint darauf schließen zu lassen, daß die Regierung Macdonald entschlossen ist, das englische Kohlenproblem, das bereits seit längerer Zeit das stärkste Gefahrenmoment im gesamten englischen Wirtschaftsorganismus, in einer der englischen wirtschaftlichen und nationalen Belangen möglichst zuträglichen Weise restlos zur Lösung zu bringen.

Die Kohlenoffensive der Labourregierung, die gleichzeitig in verschiedenen Richtungen geht und an verschiedenen Fronten eingesetzt hat, läßt den deutlichen Willen erkennen, alle Mittel und Wege, die zum Ziele führen könnten, zu erschöpfen.

Zunächst ist es die innere Reorganisation des englischen Kohlenbergbaues, der die Labourregierung ihre stärkste Aufmerksamkeit zuwendet, indem sie entschlossen ist, die technische und vor allem die organisatorische Rationalisierung auch zwangsweise durchzuführen, da sie sich von ihr sehr viel, nämlich Beseitigung des Wettbewerbes zwischen den einzelnen Kohlengesellschaften, eine Besserung des Lebensstandards der Arbeiter sowie schließlich eine Besserung der Exportbedingungen verspricht.

In Verfolg dieser Pläne hat die englische Regierung bereits vor einiger Zeit die Zechenverbände in den verschiedenen Rvieren aufgefordert, bis spätestens Jahresende Maßnahmen zur Regelung der Förderung und des Absatzes zu treffen, die in das Gefüge einer landesmäßigen Kartellorganisation zu passen hätten. Sie hat dabei die Drohung ausgesprochen, bei etwaigen Unstimmigkeiten gesetzliche Zwangsmaßregeln zur Kartellierung des Bergbaues zu treffen.

Die jetzt veröffentlichte neue Vorlage über die Bergbaureform, die die grundsätzlichen Vorschläge für die Arbeitsbedingungen und die Reorganisation im englischen Kohlenbergbau enthält und zunächst der Regierung die Befugnis zur Neuregelung der Arbeitszeit geben soll, sieht für die Arbeiter eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 einhalb Stunden vom 6. April 1930 ab vor. Die maximale Arbeitszeit wurde nach dem Kohlenstreik im Jahre 1926 auf nominell 8 Stunden verlängert, aber de facto beträgt sie etwa 25 Minuten mehr, da die Einfahrt bis zur Arbeitsstätte unter Tage, nicht aber die Auffahrt hinzuzuschlagen ist. Die Arbeiter selbst verlangen eine maximale Arbeitszeit von 7 Stunden von „Bank zu Bank“, d. i. unter voller Berücksichtigung der Ein- und Ausfahrt. Die Neuregelung der Arbeitszeit im Sinne ihrer Verkürzung stieß bisher deshalb auf so große Schwierigkeiten, weil eine Verkürzung der Schicht auch eine solche der Förderung bedeutet und hierbei die Frage entsteht, ob alsdann dieselben Schichtlöhne bezahlt werden können. Die Kohlenvorlage schweigt über die Lohnfrage. Sie spricht von keiner Lohnherabsetzung, gewährt aber auch keine Garantien gegen eventl. Lohnkürzungen. Es ist gleichwohl anzunehmen, daß angesichts der strikten Erklärung des Schatzkanzlers Snowden, wonach die Herabsetzung der Arbeitszeit mit keiner Lohnherabsetzung verbunden sein werde, die Bergwerksbesitzer ungeachtet ihrer derzeitigen intransigenten Haltung sich in die neue Arbeitszeit ohne Lohnkürzung schicken werden.

Die Kohlenvorlage gibt weiter der Regierung das Recht, die „Royalties“, die Bergerechtsame, gegen Entschädigung zu enteignen, eine Verfügung, durch die mehr die Grundbesitzer als die Bergwerksbesitzer betroffen werden. Ferner sieht die Vorlage die Einsetzung von paritätischen Kommissionen in den einzelnen Bezirken vor, in denen die Vertreter der Bergwerkbesitzer, der Bergarbeiter und der Konsumenten sitzen sollen, und die vor allem die Interessen der Verbraucher zu wahren und eine Preiskontrolle auszuüben haben.

Von weittragender Bedeutung sind die Bestimmungen der Vorlage über die distriktsweise Vereinheitlichung der Produktions- und Verkaufsnormen, sowie die Festsetzung von distriktsweisen Normal-Verkaufspreisen. Die Vorlage soll hierbei der Regierung die Befugnisse geben: 1. Grubenbesitzer zum Anschluß an ein Distriktssyndikat, das die Mehrheit der Förderung eines Reviers repräsentiert, zu zwingen. 2. Falls kein derartiges Syndikat existiert, ein solches aufzurichten und 3. eine Koordination der einzelnen Distriktssyndikate unter einer zentralen Organisation herbeizuführen. Die Syndikatspläne sollen nach der Vorlage bereits im Januar 1930 in Kraft treten.

Eine wesentliche Bestimmung der Vorlage ist schließlich die Einführung einer Umlage auf die gesamte Kohlenförderung, aus deren Einnahmen dann ein Zentralfonds geschaffen werden soll, woraus der Kohlenexport je nach Bedarf eine finanzielle Subvention genießen wird. Die Schaffung von Exportsubsidien soll vor allem einen Ausgleich für etwaige Schädigungen bieten, die die wichtigsten englischen Kohlen-Export-Distrikte durch eine Kürzung der Arbeitszeit auf dem Weltmarkt erfahren könnten. Auffallend ist, daß die Vorlage nicht einmal andeutungsweise Bestimmungen über die Rückkehr zu einem nationalen Lohn- und Arbeitsabkommen enthält. Es ist anzunehmen, daß alle diesbezüglichen Projekte und Forderungen auf den heftigsten Widerstand der Bergwerksbesitzer gestoßen sind.

Ob im Laufe der gegenwärtigen parlamentarischen Verhandlungen die Vorlage angesichts der immer noch starken Interessengegensätze zwischen den beiden Interessentengruppen, d. i. den Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, nicht einige Aenderungen erfahren wird, kann nicht vorhergesagt werden. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß der Gesetzentwurf über die Bergbaureform in seiner gegenwärtigen Gestalt ein klug abgewogenes Werk der politischen und wirtschaftlichen Vernunft darstellt.

Gleichzeitig mit den Bestrebungen, die die innere Reorganisation und damit die innere Kräftigung des englischen Kohlenbergbaues zum Ziele haben, entfaltet die Labourregierung in der Kohlenfrage auf internationaler Arena eine überaus eifrige Tätigkeit, indem sie namentlich die unter der Aegide des Oekonomischen Komitees des Völkerbundes geführten Arbeiten zur Lösung der Weltkohlenkrise im Sinne der Interessen des englischen Kohlenbergbaues zu beeinflussen sucht. Auf der 10. Völkerbundsversammlung im September d. Js. in Genf waren es hauptsächlich die englischen Delegierten, die einer internationalen Kohlenverständigung das Wort redeten, indem sie betonten, daß englischer Auffassung nach das Kohlenproblem zur Lösung in der Form eines internationalen Abkommens überreif sei, daß jedoch dem Abschluß eines internationalen Kohlenabkommens ein internationales Abkommen über die Angleichung der Arbeitszeit, der Bergarbeiterlöhne sowie der übrigen Arbeitsbedingungen in den Kohlenbergbauen der einzelnen Länder vorausgehen müsse. Auf Grund eines diesbezüglichen englisch-französischen Antrages hat die Völkerbungsversammlung nun den Beschluß gefaßt, den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes aufzufordern, auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1930 die genannten Fragen, d. h. der Arbeitszeit, der Löhne und der Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau zu setzen, mit dem Ziele — wie die Resolution besagt —, eine oder mehrere internationale Konventionen hinsichtlich dieser einzelnen Fragen abzuschließen.

Dieser Vorstoß der englischen Regierung, eine internationale Kohlenverständigung auf dem Wege einer vorherigen Abmachung über Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen als nicht anders gewertet werden, denn als Versuch, die Konkurrenzkraft der übrigen Kohlenländer, namentlich jedoch Polens, auf den umstrittenen Märkten zu schwächen und dem eigenen Kohlenbergbau die s. Zt. auf dem europäischen Markte innegehabte Vormachtstellung wieder zu gewinnen.

Parallel mit der Genfer Aktion der englischen Regierung, die darauf ausläuft, durch internationale Abmachungen unter dem Einfluß der Autorität des Völkerbundes die Position der englischen Kohle auf dem Weltmarkte zu festigen, geht z. Zt. eine deutlich wahrnehmbare Intensivierung der Exportpolitik seitens der englischen Kohlenindustriellen, die gerade jetzt den Kampf um die internationalen Kohlenmärkte mit aller Entschiedenheit fortzuführen entschlossen sind. Zum Ausdruck gelangt dies einesteils in einer verstärkten Bekämpfung der fremden Konkurrenz, andernteils hinwiederum in den Versuchen, durch direkte Verhandlungen mit den Kohlenabnehmern für die englische Kohle möglichst günstige Konkurrenzbedingungen zu schaffen. Zu erwähnen sind hier vor allem die zwischen den skandinavischen Kohlenimporteuren und der englischen „Central Collieries Commercial Association“ wiederholt gepflogenen Verhandlungen die darauf abzielten, die Skandinavier dahingehend zu beeinflussen, statt der polnischen und deutschen Kohle wieder englische Kohle zu beziehen, wobei sich die englischen Unterhändler unter Hinweis auf die wirtschaftliche Abhängigkeit der skandinavischen Länder von England (Großbritannien ist Hauptabnehmer der Agrarprodukte dieser Länder) nicht gescheut haben, auf die skandinavischen Abnehmer einen entsprechenden Druck auszuüben.

In dasselbe Gebiet fallen die Versuche der englischen Kohlenindustriellen, in direkten Verhandlungen mit polnischen und deutschen Kohlenindustriellen, wie sie kürzlich in Berlin und im Ruhrgebiet geführt worden sind, zu einem Einvernehmen über die Marktaufteilung der Ostseemärkte zu kommen.

Die seitens der englischen Labourregierung in letzter Zeit unter intensiver Unterstützung der englischen Kohlenindustriellen eingeleitete Kohlenoffensive, die einerseits das englische Kohlenproblem zur restlosen Lösung bringen, andererseits die Hegemonie der englischen Kohle auf dem Weltmarkte sichern soll, erfordert seitens der polnischen Kohlenindustrie, gegen die die englische Offensive hauptsächlich gerichtet ist, schärfste Aufmerksamkeit und die Ergreifung all derjenigen Maßnahmen, die der polnischen Kohle nicht nur ihren bisherigen Besitzstand gewährleisten, sondern auch ihre weitere Fortentwicklung sichern.

Do.

Schwingende Wolkenkratzer.

Turmhäuser, die im Orkan schwanken. — Früher wurde besser gebaut. — Das elektrische Zukunftshaus.

Die Bevölkerung der amerikanischen Großstädte verlangt sehnlich danach, sich dem Lärm und Staub der Straße nach Möglichkeit zu entziehen, und die Bauunternehmer wollen diesen Wunsch erfüllen, indem sie die Wolkenkratzer höher und höher türmen. „Daß die hochragenden Turmhäuser im Winde schwanken, ist ein beliebtes Gesprächsthema der öffentlichen Unterhaltung,“ schreibt der New Yorker Ingenieur David Cushman Coyle in einer Fachzeitung Chicagos. „Die Bewohner dieser Häuser machen sich ein Vergnügen daraus, ihre entsprechenden Erfahrungen untereinander auszutauschen, wobei es sich jeder angelegen sein läßt, die besondere Widerstandskraft seines Wolkenkratzers gegen die Einwirkungen der Stürme ins hellste Licht zu rücken. In den meisten Fällen behandeln die Mieter diese Frage im scherzhaften Unterhaltungston aber es fehlt auch nicht an Männern und Frauen, die bei diesen Erschütterungen die Symptome der Seekrankheit empfinden und lieber die Wohnung räumen, als sich ständig einem körperlichen Unbehagen auszusetzen; diese Flucht aus den Turmhäusern macht sich im sinkenden Zinsertrag dem Vermieter empfindlich bemerkbar. Es ist für einen Baumeister nicht schwer, einen Bauplan zu entwerfen, der das Gebäude gegen die Einsturzgefahr sichert, und es gibt in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich wenig Wolkenkratzer, die selbst einen Orkan nicht zu überdauern vermöchten. Die Wirkung des starken Sturms in Miami hat ja zur Genüge bewiesen, daß dem Stahlgerippe solide konstruierter Turmhäuser vom Wind keine ernsthafte Gefahr droht. Darüber hat man aber die Frage der Wohnbehaglichkeit arg vernachlässigt. Die älteren Vorbilder des Turmbaues sind im allgemeinen übertrieben solide konstruiert, und ihr Schwanken im Wind ist überhaupt nur für die kleine Zahl von Personen wahrnehmbar, deren Nerven und Einbildungskraft ungewöhnlich sensibel sind. Das Gleiche gilt auch für die Mehrzahl der jüngsten, für Wohn- und Bureauzwecke errichteten Wolkenkratzer.“

„Je mehr hoch getürmte Bureauhäuser jetzt entstehen, desto deutlicher zeigt es sich, daß die älteren fester verankert und abgesteift waren, als es die Bausicherheit verlangt. Das erkennt man auch daran, daß viele der neueren Turmhäuser drei- bis viermal soviel Schwingungen aufweisen wie die schwereren Strukturen früherer Zeit. Ein besonders stark fundierter Wolkenkratzer in New York schwingt etwa 24 Mal in der Minute. Registrierungen, die bei ihm im Verlauf der landläufigen Stürme des Westens aufgenommen werden, zeigten eine Totalabweichung von der Senkrechten von 2,5 Millimeter bis 1,2 Millimeter bei einer Höchstschwankung von 3.2 Millimeter. Bei manchen der neueren, für Bureauzwecke bestimmten Turmhäuser ist eine weit stärkere Bewegung zu verzeichnen, was auf den leichteren Konstruktionstyp zurückzuführen ist; dabei ist keins dieser Gebäude höher oder schlanker als der schon erwähnte Wolkenkratzer des stärkeren, älteren Typs. Zweifellos könnten alle diese Erschütterungen bei einem Orkan größere Ausmaße erreichen, doch hat man solche gewaltigen Stürme zum Glück nur selten in den Industriestädten mit Wolkenkratzern beobachtet. Bei einem 20 Minuten währenden Sturm im Mai dieses Jahres wurde eine Bewegung von rund 25 Millimeter bei einem Gebäude festgestellt, das bei gewöhnlichem Wind nur um 12.5 Millimeter schwankte. Die Empfindungen, die die Bewohner dabei hatten, war die eines ausgesprochenen Unbehagens. Man sollte deshalb beim Bau von Wolkenkratzern dem Ruhebedürfnis der zukünftigen Mieter etwas mehr Rechnung tragen und sich nicht darauf beschränken, lediglich die Forderungen der Baupolizei zu erfüllen. Wenn sich die Baumeister vorstellen würden, wie viele häusliche Verdrießlichkeiten durch eine mäßige Erhöhung der ersten Baurate vermieden werden könnten, so würden beide Parteien daraus Nutzen ziehen. Es macht sich immer bezahlt, wenn sich der Mieter im Hause zufrieden und behaglich fühlt, und es macht sich eben so bezahlt, wenn er sich in seinem Heim wohlgeborgen und geschützt weiß.“

In diesem Zusammenhang sei auch des Zukunftsbildes gedacht, das der New Yorker Ingenieur Dr. Edward Free, der auf dem Gebiet der Elektrotechnik als Autorität gilt, im Rahmen eines in der New Yorker „Elektrischen Gesellschaft“ gehaltenen Vortrages, von dem amerikanischen Zukunftshaus entworfen hat. Nach dieser Prophezeiung werden im Jahre 1950 überall in New York schallsichere und fensterlose Häuser stehen, die elektrisch erleuchtet und so sinnreich ventiliert werden, daß sie den Bewohnern eine angenehme und hygienisch einwandfreie Atmosphäre bieten. Wie er ausführte sind neun Zehntel der amerikanischen Häuser entweder zu warm oder zu kalt, zu feucht oder zu trocken, zu zugig oder zu luftabgeschlossen. Die „elektrischen“ Häuser sollen diesem Zustand ein Ende machen. Die entstehenden Mehrkosten würden dabei reichlich durch die Besserung der Gesundheitsverhältnisse aufgewogen. Dank der besonderen elektrischen Beleuchtung, die die den Sonnenstrahlen eigentümlichen Vorzüge aufweist soll ein Drittel der Personen, die jetzt bei der Arbeit Augengläser tragen müssen, in Zukunft ohne diese auskommen.

Wojewodschaft Schlesien.

Minister Moraczewski in Kattowitz.

Am Dienstag sind der Minister für öffentliche Arbeiten Ing. Moraczewski sowie der Vizeminister Gorski und der Departementsdirektor Prokopowicz in Kattowitz eingetroffen. In Begleitung des Direktors der staatlichen Wasserwerke in Kattowitz, Ing. Nowakowski, wurde der Schacht Staszica bei Tarnowitz besucht, woselbst die im Bau befindliche Wasserpumpstation und die Elektrifizierung einer Besichtigung unterzogen wurden. Darauf begab sich der Minister mit den in seiner Gesellschaft befindlichen Herren nach Zagorze, woselbst die Arbeiten des Wasserwerkes für Oberschlesien besichtigt wurden. Ferner wurde der Bau der Wasserrohrleitung in Klimont sowie die Filteranlage und der Bau des Administrationshauses und der Arbeiterhäuser in Maczkach besichtigt. Die Rückfahrt nach Warschau erfolgte um 3.31 Uhr nachmittag.

Vorbereitungen zur Festlichkeit des 25=jährigen Priesterjubiläums des Hochw. Bischof Dr. Lesiecki.

Am Montag hat in Kattowitz eine Konferenz des Festkomitees zur Feier des 25=jährigen Priesterjubiläums des Hochw. Herrn Bischofs Dr. Lisiecki stattgefunden. An dieser Konferenz haben außer den geistlichen Herren in den Personen des infultierten Prälaten Kasperlik, Prälat Gawlina, Kanonikus Brandys, Kanonikus Szramek und Kanonikus Kubina die Vertreter der Behörden, des Militärs sowie der Bürgerschaft teilgenommen.

In der Konferenz wurde das Ehrenkomitee gewählt sowie das Festprogramm festgesetzt. Danach findet am 16. d. M., um 3.30 Uhr nachmittag, im Stadttheater in Kattowitz eine Akademie für die Mittelschulen statt. Am 6. d. M. zelebriert der Jubilar in der Wallfahrtskirche in Groß=Piekar ein feierliches Hochamt. Bei demselben werden der Kardinalprimas von Polen Dr. Hlond und Bischof Dr. Kubina zugegen sein. Am 7. d. M. findet in der Kathedralkirche ein Pontifikalamt statt, welches durch Radio weitergegeben werden wird.

Nicht Zary sondern Zory.

Die Nachricht in einem Teil der schlesischen Presse, daß der Name der Stadt Zory in Zary umgeändert wird, entspricht nicht den Tatsachen. Das schlesische Wojewodschaftsamt teilt mit, daß der Name der Stadt Zory nicht geändert wird.

Sechs Prozent Lohnerhöhung in der weiterverarbeitenden Metallindustrie.

Am Montag hat eine Sitzung des Schiedsgerichtes unter dem Vorsitz des Ing. Kossuth stattgefunden, in welcher die Angelegenheit der Lohnerhöhung der weiterverarbeitenden Metallindustrie behandelt wurde. Das Schiedsgericht hat den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 6 Prozent zuerkannt. Die Lohnerhöhung ist verbindlich vom 1. Dezember d. J. bis 1. Dezember 1930. Beide Parteien, können den Schiedsspruch binnen fünf Tagen annehmen oder ablehnen. Die gestellten Anträge nach Regulierung der Löhne einzelner Kategorien hat das Schiedsgericht abgewiesen, da durch die allgemeine Lohnerhöhung die Anträge berücksichtigt wurden.

Lohnverhandlungen in der Metall= und Eisenhütten= sowie der chemischen Industrie.

Am Donnerstag findet in Kattowitz unter dem Vorsitz des Bezirksarbeitsinspektor Ing. Gallot eine unmittelbare Lohnverhandlung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallhütten statt.

Am Freitag sind Lohnverhandlungen für die Eisenhütten und die chemischen Industrie angesagt.

Bielitz.

Liefert Schlittschuhe und warme Kleidung für arme Kinder ab.

Wir nähern uns dem Winter. Die Zurüstungen für Ausübung des Wintersportes werden in den meisten Häusern in Kurzem beginnen. Da wende ich mich nun an alle Kreise der Bevölkerung mit der dringenden Bitte, bei dieser Gelegenheit ihre Bodenräume und anderen Aufbewahrungsorte nach unbenützten, aber noch brauchbaren

Schlittschuhen

durchsuchen zu wollen. Es werden sich gewiß in einer Stadt die seit Jahrzehnten diesen edlen Sport mit Begeisterung betreibt, viele Paare Schlittschuhe finden lassen, die unbemittelten Kindern das frohe und gesunde Schlittschuhlaufen ermöglichen könnten.

Ich bitte also, solche Schlittschuhe

direkt in den Direktionen unserer hiesigen Schulen

recht bald abliefern zu wollen — oder doch wenigstens sie telefonisch oder mit Postkarte davon zu verständigen, daß sich's die Schule selbst abholen lassen kann. Auch werden sich gewiß da und dort eine gute warme Mütze, oder gar ein brauchbarer Sweater, feste Schuhe, Handschuhe und dergleichen Ausrüstungsstücke auftreiben lassen, denen Ihre Kinder schon entwachsen sind. Und zu den Schlittschuhen gehört doch — zumal wiederum ein strenger Winter vorausgesagt wird, auch eine gute Kleidung. — Der Aufruf ergeht zeitig, weil sicherlich manche Reparatur notwendig sein wird und das braucht auch seine Zeit. Aber wir alle wollen doch, daß unsere Jugend gleich zu Beginn der Saison sich auf dem Eisplatz tummeln kann.

Es erfordert nur ein wenig Zeit, um zu suchen und ein wenig guten Willen, zu geben, wessen man selbst nicht mehr bedarf und Scharen von Kindern können beglückt werden.

Ein herzliches Vergeltsgott allen freundlichen Gebern! Strahlende Kinderaugen und leuchtende Kinderwangen werden Ihre gute Tat am schönsten lohnen!

Pongratz, Bürgermeister

Biala.

Pferdemärkte in Biala. Der Magistrat teilt mit, daß in Biala im Jahre 1930 die Pferdemärkte an folgenden Tagen stattfinden: 21. Jänner, erster Hauptpferdemarkt; 24. März, 7. April, 5. Mai, 26. Mai zweiter Hauptmarkt; 25. Juli, 28. Juli, dritter Hauptmarkt; 11. August, 25. August, 3. November vierter Hauptmarkt. Außer diesen Pferdemärkten finden in Biala Wochenmärkte und zwar am Dienstag für Vieh und Schlachtschweine, am Samstag für Schweine und Ferkel in den Vormittagsstunden statt. Im Falle auf den Markttag ein Feiertag fällt, wird der Markt einen Tag vorher abgehalten.

Kattowitz.

Ein Raubüberfall im Stadtinneren in Kattowitz.

Am Montag, um 8.45 Uhr abends, sind zwei mit Revolvern bewaffnete Banditen in die Firma „Szczeponik i Ska" in Kattowitz auf der ul. 3=go Maja eingedrungen. Den Banditen ist es gelungen, dem Eigentümer der Firma Julian Kinol 11.000 Zloty zu rauben, welche zur Auszahlung bereitgestellt waren.

Infolge der Hilferufe des Ueberfallenen sowie des Angestellten R. Strzeleczyk beeilten sich die Banditen, mit der Beute zu verschwinden. Trotz sofortiger Verfolgung konnten die Banditen nicht festgenommen werden.

Plötzliches Unwohlsein. Die Rettungsstation in Kattowitz hat eine gewisse Gertrud Wojton aus Brynow, die auf der Straße von einem plötzlichen Unwohlsein befallen wurde, in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Straßenbau. In der Vorwoche wurde in Nikischschacht mit der Pflasterung der ul. Koscielna und Pocztowa begonnen. Der Gemeindevorstand hat alle Schritte unternommen, um diese Arbeiten noch vor den Feiertagen zu beenden. Aus diesem Anlaß wurden 50 Arbeitslose aus der Gemeinde für die Arbeiten aufgenommen.

Verlegung des Termines der Jubiläumsuhrenverteilung. Am 4. Dezember sollte die Verteilung der Jubiläumsuhren an die Arbeiter und Beamten der Gruben, der Vereinigten Königs= und Laurahütte in Siemianowitz stattfinden. Da die nötige Anzahl von Uhren von den Lieferanten nicht zugestellt wurde, mußte der Termin der Verteilung auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden.

Plötzlicher Tod. Auf einer der Straßen in Siemianowitz wurde die Leiche einer Frau gefunden. Die Feststellungen haben ergeben, daß es sich um die 45 Jahre alte Marie Wypior handelt, die infolge Herzschlages einen plötzlichen Tod erlitten hat.

Diebstähle. In die Wohnung der Helene Wypler in Kattowitz sind unbekannte Diebe eingedrungen. Sie haben mehrere Kleider, Mäntel und Schuhe im Werte von 1500 Zloty gestohlen. — In einem der Kattowitzer Geschäftslokale hat eine unbekannte Frau der Lehrerin L. Sierzance aus Domb eine Damenhandtasche mit 430 Zloty Bargeld und die Dienstlegitimation gestohlen.

Die Bevölkerungszahl von Groß=Kattowitz. Auf Grund der Statistik des Magistrates am 31. Oktober wurden in Groß=Kattowitz 127.897 Einwohner registriert. Im Monat Oktober sind 17 neue Bewohner hinzugekommen.

—0—

Königshütte.

Grober Unfug. In diesen Tagen kam, um 1.45 Uhr früh, eine unbekannte Person in die Josefsparochie und bat den Viktor Karapulinski, daß er unverzüglich zu einer Kranken namens Brzakalik auf die ul. Mickiewicza in Königshütte kommen möge. Der Vikar ging in das bezeichnete Haus, woselbst er aber die Feststellung machte, daß die angeblich Schwerkranke daselbst garnicht wohnte.

Auf frischer Tat gefaßt. Am Marktplatz in Königshütte versuchte ein gewisser Ludwig Kender aus Krakau dem Karl Kowol aus Godula ein Geldtäschchen aus der Tasche zu ziehen. Er wurde auf frischer Tat gefaßt und der Polizei übergeben.

Widerstand gegen die Polizeigewalt. Ein gewisser Georg Kaluza in Neuheiduk lärmte auf der Straße zu später Nachtzeit. Der ihn zur Ruhe machende Polizist wurde von ihm tätlich angegriffen. Kaluza wurde durch einen Säbelhieb am linken Unterarm verletzt und darauf verhaftet.

Schwientochlowitz.

Kreisausschußsitzung.

In der letzten Sitzung des kommissarischen Kreisausschusses in Schwientochlowitz wurden der Kommunalzuschlag für die Patente zur Erzeugung und zum Verkauf von alkoholischen Getränken für die Gemeinden Nowy Bytom, Orzegow, Lipine, Scharley, Ruda und Bismarckhütte genehmigt.

Ferner wurde sämtlichen Gemeinden im Bezirk die Genehmigung eines 100=rozentigen Kommunalaufschlages von den Patenten für Erzeugung und Verkauf von spiritousen Getränken erteilt.

Messerstechereien. Im Hofe des Schlafhauses der Rosamundhütte in Nowy Bytom haben die Brüder Ignatz und Anton Latacz den Arbeiter Martin Zawada durch neun Messerstiche verletzt. Zawada wurde in lebensgefährlichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert. Die Messerstecher wurden verhaftet. — Auf der ul. Niedurnego in Nowy Bytom haben ein gewisser Edmund Bialas aus Nowy Bytom und Poplak aus Pniaki Paul Regula aus Nowy Bytom durch Messerstiche mehrere Verletzungen am Kopf und an der einen Hand beigebracht. Die Täter sind darauf geflüchtet. — Im Verlaufe eines Streites zwischen den Brüdern J. und M. Nowak und einem gewissen Pietrowski erhielt der Letztere einige Messerstiche in den Hals, die Brust und die Arme. Die Verletzungen sind lebensgefährlicher Natur.

Aus Versehen vergiftet. Der 57 Jahre alte Arbeiter Josef Kaczmarek in Ruda trank aus Versehen eine giftige Flüssigkeit, die zur Wanzenvertilgung bestimmt war. Er ist an den Folgen der Vergiftung kurze Zeit darauf gestorben.

Aenderung eines Krankenbezirkes für Eisenbahner. Auf Grund einer Anordnung der Eisenbahndirektion in Kattowitz wurde der Krankenbezirk des Arztes Dr. Pieczka in Nowy Bytom aufgehoben. Die Eisenbahner sind dem Bezirk des Arztes Dr. Dziezy in Morgenroth zugewiesen worden.

Teschen.

Wettbewerb für die landwirtschaftliche Jugend.

Vor einigen Tagen hat in der landwirtschaftlichen Akademie in Teschen eine Sitzung von Vertretern landwirtschaftlicher Kreise stattgefunden, die sich mit der Vorbereitung eines zu veranstaltenden Wettbewerbes für die landwirtschaftliche Jugend im kommenden Jahre befaßte. An der Sitzung haben unter anderen teilgenommen, der Delegierte des Landwirtschaftsministeriums Ing. Kobylinski aus Warschau, der Starost von Teschen Dr. Kisiala sowie Vertreter der schlesischen Landwirtschaftskammer, der Präses Sztwiertnia und Direktor Paniewski.

Ing. Kobylinski betonte in seinen Ausführungen, daß das Ministerium einen landwirtschaftlichen Wettbewerb als eines der wichtigsten Mittel zur weiteren Ausbildung der breiten landwirtschaftlichen Kreise erachte. Jedoch nicht die große Zahl, sondern die Qualität der landwirtschaftlichen Wettbewerbe gibt den tatsächlichen Wert für die Weiterbildung. Daher müssen die landwirtschaftlichen Organisationen, welche Wettbewerbe unter ihren Mitgliedern veranstalten, die Wettbewerbe unter ihre Aufsicht stellen.

Theater

Stadttheater Bielitz.

Am Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) „Was ihr wollt" Lustspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Ende 10 Uhr.

Am Samstag, den 7. Dezember abends 8 Uhr, (außer Abonnement) zum erstenmal der neue Arnold und Bach-Schwank: „Weekend im Paradies". Der neue Arnold=Bach-Schwank ist stets die Lachsensation der Saison. Auszüge aus der Berliner Presse.

Am Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr „Die Keuschheitskonkurrenz", ein keckes Stück in 3 Akten von Richard Manz, zu Nachmittagspreisen. Ende 6 Uhr, abends, 7 Uhr, „Weekend im Paradies", Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

Theaterabonnement.

Den geehrten Abonnenten zur gefälligen Kenntnis, daß die dritte Abonnementsrate bereits fällig ist. Es wird höflichst ersucht, die entfallenden Beträge bis spätestens am 10. Dezember an die Gesellschaftskasse, Stadttheater 1. St., oder an der Tageskasse abführen zu wollen, zumal die Theatergesellschaft sonst gezwungen wäre, die nach diesem Termine durch den Inkassanten einzuhebenden Beträge mit der Inkassogbühr per 4 Prozent zu belasten.

Was sich die Welt erzählt.

Zwischenfall bei einem französisch-südslawischen Vortragsabend.

Paris, 3. Dezember. Gestern abend kam es bei einem französisch-südslawischen Vortragsabend in der Sorbonne zu einem Zwischenfall. Während der Rede des südslawischen Gesandten in Paris störte, wie der „Petit Parisien" berichtet, ein Italiener die Versammlung durch Ausrufe und Abschießen eines Schreckschußrevolvers. Der betreffende Italiener, der keine Ausweispapiere bei sich führte, wurde verhaftet.

Doppelselbstmord

Magdeburg, 4. Dezember. Heute vormittags wurden die Feuerwehrleute Arning und Meyer in der Wohnung Meyers mit schweren Schußverletzungen aufgefunden. Arning war bereits tot, während Meyer mit lebensgefährlichen Wunden ins Krankenhaus gebracht wurde. Die beiden Feuerwehrleute sollen infolge schwerer ehelicher Zerwürfnisse beschlossen haben, zusammen aus dem Leben zu scheiden.

Liebestragödie

Hof in Bayern, 4. Dezember. Gestern nachmittag erschoß der aus Hof stammende Metzgermeister Solger in Obermolbitz bei Altenburg die zur Zeit in Altenburg beschäftigte Verkäuferin Seidel und brachte sich darauf selbst eine tötliche Verletzung bei. Die Seidel war früher in dem Betrieb von Solger in Hof tätig und hatte anscheinend ein Liebesverhältnis mit ihm.

Erneuter Ausbruch des Vulkans Mont Pelé.

Paris, 4. Dezember. Nach einer im „Echo de Paris" veröffentlichten Agenturmeldung aus Fort de France ist gestern ein neuer, eine halbe Stunde dauernder Ausbruch des Vulkans Mont Pele erfolgt.

—0—

Die Heimwanderung der Wolgadeutschen.

Königsberg, 3. Dezember. Der zweite Transport deutschrussischer Bauern traf heute nacht in Eydtkuhnen ein. Der Transport bestand aus 360 Personen. Der Gesundheitszustand der Auswanderer wird als zufriedenstellend bezeichnet. Heute abend um sieben Uhr wird auch dieser Transport nach Hammerstein bei Schneidemühl weiter geleitet werden.

Hammerstein, 3. Dezember. Gestern abend traf ein Transport von 240 deutschstämmigen Russen, der aus Swinemünde kam, im Hammersteiner Lager ein. Heute früh folgte ein zweiter Transport in Stärke von etwa 400 Personen, der von Eydtkuhnen kam. Die Auswanderer machen durchwegs einen vorzüglichen Eindruck und haben die Weiterreise gut überstanden. Sie sprechen gut deutsch und zwar einen schwäbischen Dialekt. Sie können sich auch russisch verständigen, doch sprechen sie weit besser deutsch.

Der Lagerdirektor, Major a. D. Fuchs, begrüßte die Ankömmlinge im Namen der deutschen Regierung und der deutschen Bevölkerung.

Die Auswanderer müssen eine Quarantänezeit durchmachen, die, wie man hofft nur etwa 5 bis 6 Tage beanspruchen wird.

Der erste Transport, der aus Swinemünde kam, setzt sich aus Leuten zusammen, die bisher in Omsk gewohnt haben. Der zweite Transport umfaßt Deutsch-Russen aus Omsk, aus dem Kaukasus, der Krim und aus Turkestan.

Keine Nachrichten von einer Insel im indischen Ozean.

London, 4. Dezember. Von der französischen Insel Sankt Paul im indischen Ozean liegen ist seit fast zwei Monaten Nachrichten nicht mehr vor. Ein Dampfer wurde daher beauftragt, bei seiner Fahrt durch den indischen Ozean die Insel anzulaufen, um festzustellen, weshalb Nachrichten von dort ausgeblieben seien.

Selbstmord eines Richters.

Neumarkt, 4. Dezember. Der 52jährige Amtsgerichtsrat Joseph Bartsch hat seinem Leben ein Ende gemacht. Bartsch war seit November 1925 in Neumarkt tätig, zuletzt als Aufsichtsrichter. Furcht vor dauerndem Siechtum scheint der Anlaß zu dem Selbstmord gewesen zu sein.

Wegen Unterschlagung von 180.000 Mark verhaftet.

Dresden, 4. Dezember. Unter dem Verdacht der Unterschlagung von mehr als 180 000 Mark wurde der 36 Jahre alte Kassierer Döring festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Döring war in dem vor einigen Tagen in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bankhaus Albert Kuntze und Co. in Dresden angestellt. Er hat sich in dieser Stellung das Geld in den letzten fünf Jahren nach und nach angeeignet. Den Betrag deckte er durch falsche Buchungen.

Der russisch-chinesische Konflikt.

Die Vermittlungsaktion Amerikas gescheitert. — Scharfe Antwort der Sowjets.

New York, 4. Dezember. Die Antwort der russischen Regierung auf den Schritt der Vereinigten Staaten im russisch-chinesischen Konflikt wurde gestern in Moskau veröffentlicht. Die Vereinigten Staaten hätten in dem diplomatischen Schritt sowohl Rußland wie auch China darauf hingewiesen, daß beide Länder Unterzeichner des Kriegsächtungspaktes seien und damit auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik Verzicht geleistet hätten.

In ihrer Antwort erklärt die russische Regierung hierzu, die amerikanische Regierung habe sich in einem Augenblick an die russische Regierung gewendet, in welchem bereits Verhandlungen geführt würden, zwischen der russischen und der mandschurischen Regierung. Man müsse deshalb den amerikanischen Schritt als einen völlig ungerechtfertigten Druck auf die Verhandlungen betrachten. Eine Einmischung in diese Verhandlungen oder in diesen Konflikt könne die russische Regierung nicht dulden. Schließlich gibt die Sowjetregierung ihrem Befremden darüber Ausdruck, daß die amerikanische Regierung, die auf eigenen Wunsch keine offiziellen Beziehungen zur Sowjetregierung unterhalte, es für nötig erachtet habe, sich an die russische Regierung mit Ratschlägen und Anweisungen zu wenden.

Ueber die Aufnahme dieser russischen Antwort in Washington meldet das halbamtliche englische Nachrichtenbüro daß die russische Note bei den maßgebenden Beamten der amerikanischen Regierung Erstaunen hervorgerufen habe. Man begreife nicht, wie in dem amerikanischen Vorgehen etwas anderes als ein reiner Friedensschritt erblickt werden könne. Die maßgebenden amerikanischen Beamten treten mit Entschiedenheit ein für die Maßnahmen des amerikanischen Außenministeriums. Die Behauptung, daß es sich um einen nicht zurechtfertigenden Druck handle, wird allgemein für unrichtig erklärt.

Washington, 4. Dezember. Staatssekretär Stimson hat es abgelehnt, die scharfe Antwort der Sowjets auf die amerikanische Note wegen der Vorfälle in China zu kommentieren.

Kein Eingreifen Japans.

London, 4. Dezember. Zur japanischen Ablehnung eines Eingreifens in den russisch-chinesischen Konflikt berichtet ein englisches konservatives Blatt aus der japanischen Hauptstadt, man sei in Japan der Auffassung, daß das gutgemeinte Eingreifen der Mächte eine unerwünschte Wirkung haben könne. Wenn es zu weiteren Feindseligkeiten kommen sollte, so werde Japan vielleicht bereit sein, gute Ratschläge zu geben. Solang aber Verhandlungen zwischen Rußland und der Mandschurei im Gange seien, werde Japan nichts tun, was diese Verhandlungen stören könnte.

Sportnachrichten.

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Montevideo.

Die Fußball-Federation von Uruguay beschloß den europäischen Teilnehmern an der Weltmeisterschaft in Montevideo während ihres dortigen Aufenthaltes Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak kostenlos zu liefern und auch deren Korrespondenz in die Heimat selbst zu frankieren, falls keine Portobefreiung erwirkt wird.

Trotzdem haben nun auch die Franzosen abgesagt. Der Vorsitzende des Französischen Fußballverbandes, Rimet, erklärt nunmehr im Gegensatz zu seinem früheren Standpunkt, daß Frankreich an der Weltmeisterschaft zu Montividio nicht teilnehmen wird. Die Gründe liegen in der Unmöglichkeit, den Spielern Urlaub von drei Monaten Dauer zu beschaffen und dann auch in der Erkenntnis, daß Frankreichs Nationalteam im Ausland zumeist versagt habe, trotzdem es zu Hause schöne Erfolge verzeichnete.

400.000 Zuschauer bei Rubyspielen.

Welcher Popularität sich der Rugbysport in Amerika erfreut, geht aus dem Umstand hervor, daß am Samstag bei acht amerikanischen Rugbyspielen 400.000 Zuschauer anwesend waren. Allein in Chicago waren zu einem Spiel 123.000 Zuschauer erschienen, die insgesamt 350.000 Dollar an Eintrittsgeldern bezahlten.

—0—

Fußball-Länderspiel Italien—Portugal.

Sonntag fand in Mailand der Länderkampf Italien—Portugal statt, welchen die Italiener 6 : 1 (3 : 1) gewannen. Die italienische Mannschaft war den Gästen in allen Reihen überlegen und siegte verdient. Die Mannschaft der Sieger trat stark verjüngt an, nur das alte Verteidigungstrio, daß Italien in den letzten Jahren vertreten hatte, wirkte noch mit. Den Spielen wohnten 20.000 Zuschauer bei.

Städtespiel Paris — Köln 5:3 (3:1).

Im dritten Fußballstädtekampf Paris—Köln mußten am Sonntag die Deutschen in Paris vor 20.000 Zuschauern ihre erste Niederlage hinnehmen, nachdem sie vorher in beiden Begegnungen siegreich geblieben waren. Schon zur Pause lagen die Franzosen mit 3 : 1 in der Führung, sie konnten in der zweiten Halbzeit das Ergebnis auf 5 : 3 erhöhen.

Städtespiel Berlin — Göteborg 3:2 (1:1).

Der in Berlin ausgetragene Städtekampf endete mit einem knappen Sieg der Berliner von 3 : 2 (1 : 1). Die Schweden waren ausgezeichnet und gingen nach der Pause mit 2 : 1 in die Führung. Die Berliner sicherten sich den Sieg erst in den letzten Minuten durch Hirsen. 25.000 Zuschauer.

—0—

Girones — Europameister im Federgewicht.

Im Kampf um die Europameisterschaft im Federgewicht traten Sonntag in Barcelona Knud und der Spanier Girones an. Der Spanier gewann den 15 Rundenkampf nach Punkten und eroberte sich damit den Meistertitel. Dem Kampf wohnten 50.000 Zuschauer bei.

Eine Tennismeisterschaft für Herren über 45 Jahre.

Nach einer Pariser Meldung hat der französische Tennistar Jean Borotra dem französischen Tennisverband die Durchführung einer internationalen Tennismeisterschaft von Frankreich für Senioren über 45 Jahre vorgeschlagen, die erstmalig bei den nächsten internationalen Meisterschaften von Frankreich im Pariser Stadion Roland—Garros ausgetragen werden soll. Froitzheim wird hier wohl mit guten Aussichten starten. Auch Kinzl hat gute Platzchancen.

—0—

Generalversammlung des Polnischen Boxverbandes.

Sonntag fand in Kattowitz die Generalversammlung des Poln. Boxverbandes unter Teilnahme der Delegierten des Posener, Oberschlesischen, Warschauer, Wilnaer und des Kreises Pommerellen statt. Dagegen fehlten die Repräsentanten von Krakau, Lemberg und Lodz. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf und beschloß die Erteilung des Absolutoriums an den Präses Herrn Dr. Saloni. Dagegen soll der Rest des Vorstandes das Absolutorium erst anläßlich der außerordentlichen Generalversammlung nach Untersuchung aller mit der Tätigkeit des Herrn Wieczorek zusammenhängenden Angelegenheiten erhalten. Der Antrag der Verlegung des Sitzes des Verbandes nach Posen fiel bis zur Kenntnisnahme des Arbeitsplanes für das kommende Jahr. Der Vorstand verblieb in der bisherigen Zusammensetzung. Als Trainer wurde Herr Snopka engagiert.

—0—

Die Heimkehr der polnischen Reiter aus Amerika.

Die polnischen Reiter sind von ihrer Rundreise durch die polnischen Kolonien Amerikas, in welchen sie seitens der Kolonisten und der amerikanischen Sportkreise enthusiastisch empfangen wurden, nach New York zurückgekehrt.

Samstag haben die polnischen Offiziere auf dem Dampfer „Milwauke" New York verlassen und befinden sich auf der Fahrt nach Hamburg.



Volkswirtschaft.

Der neue Warentarif und das Ausland

Am 1. Oktober ds. J. trat bekanntlich der neue polnische Gütertarif in Kraft. Angesichts dessen ist es notwendig, daß zahlreiche direkte Tarife mit den ausländischen Eisenbahnen umgearbeitet werden. So unterliegt einer Umarbeitung u. a. der sogenannte polnisch-adriatische Tarif, der zwischen den polnischen Eisenbahnstationen und den adriatischen Häfen Geltung hat. Die Konferenz in dieser Angelegenheit zwischen den Vertretern der polnischen, österreichischen, tschechoslowakischen, ungarischen, jugoslawischen und italienischen Eisenbahnen hat bereits in Florenz stattgefunden und wird seit dem 26. ds. Mts. in Budapest fortgesetzt. Ebenfalls umgeändert werden der polnisch-deutsche, der poln.-tschechoslowakische, der polnisch-ungarische und der polnisch-sowjetrussische Tarif sowie die Kohlen-Transittarife. Die Abänderungsarbeiten sind bereits im Gange.

Die Getreideausfuhr.

Die polnische Getreideausfuhr ist im laufenden Jahre erheblich gestiegen. Dies erhellt aus nachstehender Tabelle, die den Getreide-Außenhandel Polens in den ersten 9 Monaten ds. J., verglichen mit demselben Zeitabschnitt des Vorjahres, illustriert (in Tonnen):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1929	1928	1929	1928
Weizen	28 164	211 293	991	1 551
Roggen	1 022	102 212	128 797	4 103
Gerste	225	2 516	149 102	51 564
Hafer	5 839	22 560	23 668	7 013
Weizenmehl	1 228	2 612	1 824	32
Roggenmehl	—	—	1 328	327

Die Zunahme des polnischen Getreideexportes in diesem Jahre ist auf die Aufhebung des Ausfuhrverbotes zurückzuführen. Im Gegensatz zur Ausfuhr hat die Einfuhr eine nicht unbedeutende Senkung erfahren.

Die Verladungen auf den polnischen Eisenbahnen im Oktober.

Auf den polnischen Eisenbahnen wurden im Oktober ds. J. im Durchschnitt 21 327 Waggons (15 Tonnen) täglich beladen gegen 21 136 Waggons in demselben Monat des Vorjahres. Davon entfallen auf den Transit über Polen 1260 Waggons (Oktober 1928 — 1160 Waggons), auf Kohlen-, Briketts- und Kokstransporte 7148 Waggons (6371), auf Verladungen von landwirtschaftlichen Produkten 3 396 Waggons (3502), von unbearbeiteten und bearbeitetem Holz 1124 Waggons (1305), von industriellen Produkten 1113 Waggons (1272), von Rohöl und Naphtaprodukten 227 Waggons (264) u. s. w.

Einschränkung der Petroleumerzeugung

New York, 4. Dezember. Eine Einschränkung der amerikanischen Petroleumerzeugung ist von dem amerikanischen Petroleuminstitut beschlossen worden, in welchem die amerikanischen Petroleumgesellschaften vertreten sind. Der Beschluß erfolgte einstimmig.

Radio

Donnerstag, 5. Dezember.

Warschau. Welle 1411: 17.45 Solistenkonzert. 19.25 Schallplattenmusik. 20.30 Abendkonzert. 21.30 Uebertragung aus Kattowitz. 23.00 Tanzmusik.

Kattowitz. Welle 416.1: 17.45 Nachmittagskonzert. 19.00 Vorträge. 20.30 Abendkonzert. 21.30 Literarisches Programm. 23.00 Tanzmusik.

Krakau. Welle 313: 17.45 Nachmittagskonzert aus Warschau. 20.30 Abendkonzert. 21.30 Literarisches Programm aus Kattowitz. 23.00 Tanzmusik aus dem Restaurant Pavillon.

Breslau. W. 253: 16.30 Kammermusik. 18.00 Das geistige Werden i. Oberschlesien. 18.50 Abendmusik. 20.15 „Liebelei" von Arth. Schnitzler. 21.30 Schlesische Kunststätten. Im Kloster Grüßau. 22.30 Funk-Tanzunterricht. 23.00 Tanzmusik.

Berlin. Welle 418: 16.30 Pantscho Wladigeroff. Zwei bulgarische Paraphrasen. 17.00 Hans Pfitzner-Lieder. 17.30 Jugendstunde. 18.00 Unterhaltungsmusik. 18.45 Die Musik im Humor. 19.05 Was haben die Konferenzen im Haag und in Barcelona Bemerkensertes für den Rundfunk gebracht? 19.30 Chorgesänge. Berliner Schubert-Chor. 20.00 Die Hochzeit. Russische Tanzszenen mit Gesang und Musik von Igor Strawinsky. 20.30 „Der Obersteiger", Operette von Carl Zeller. 22.30Funk-Tanzunterricht. Danach bis 24.30 Tanzmusik.

Prag. Welle 487: 11.15 Schallplattenmusik. 12.30 Mittagskonzert. 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Deutsche Sendung. Arch. Ing. O. Kletzl: Die Galerien Prags. 18.20 Englischer Sprachkurs. 19.05 Blasmusik. 20.00 Dem Andenken Georges Clemenceaus. 22.15 Uebertragung a. d. Restaurant des Nar. dum.

Wien. 20.00 Chorkonzert der Wiener Oratorienvereinigung.

DER GEIGER AUS DER ROLAND-BAR

ROMAN VON FRITZ POPPENBERGER

19. Fortsetzung.

Unablässig, gleichmäßig fielen die Tropfen. „Jockei ... Jockei ... Jockei ...", spöttelten sie.

Protopoff stand auf und eilte erregt im Zimmer auf und ab. Ha, ha, warum halte ich eigentlich nicht um ihre Hand an? Für das Essen und dieses Bodenzimmer würde ja mein Lohn schon reichen, spottete er. Der alte Merling würde sich sicherlich freuen. Bravo, Gregor, das hast du gut gemacht. Gerade dort, wo es für dich Geigerlein am aussichtslosesten ist, hast du dich verliebt. Du bist ein Narr.

„Narr ... Narr ... Narr ...", wiederholten die Tropfen von der Dachrinne. „Narr ... Narr ... !"

Protopoff riß den Hut vom Kleiderrechen, warf den Mantel um und lief zur Tür. Ich muß hinaus, ich ersticke hier in dieser tötenden Einsamkeit. Ich werde verrückt. Ich muß unter Menschen ... nein, ich will keinen Menschen sehen ...

Protopoff stöhnte. Ich gehe in die Bar, obwohl ich heute nicht spiele, sondern Waldmann ... nein, ich gehe nicht in die Bar, mich ekelt dieses Gezücht von Dirnen und Hochstaplern an ... hinaus ... weg von hier ... weg. „Komm Knut!"

Und willig folgte der Hund seinem Herrn, der dem Stadtpark zuschritt.

*

Die Hände in die Taschen vergraben, den Pelzkragen aufgeschlagen, eilte Suchlinski durch den Park. Er wollte Merling einen Besuch abstatten und kürzte, den Park durchquerend, den Weg ab. Er dachte gerade darüber nach, wie Ilse so schnell mit dem Geiger aus der Roland-Bar bekannt werden konnte, als er seine hohe Gestalt vor sich auftauchen sah. Suchlinski kniff die Augen zusammen, um deutlicher zu sehen. Oh, da ist ja gerade der Geiger, den muß ich aushorchen. Alles soll man wissen, insbesondere, wenn Millionen auf dem Spiele stehen.

„Guten Tag, Herr Protopoff", rief der Baron dem Geiger schon von weitem zu, und sein Gesicht nahm einen freundlichen Ausdruck an. „Bei diesem Wetter gehen Sie spazieren?"

Protopoff wunderte sich über die außerordentliche Freundlichkeit des Barons und dankte förmlich auf den Gruß. Suchlinski war ihm außerordentlich unsympathisch. Er kannte ihn als Barbesucher und übertrug auf den immer nach der neuesten Mode gekleideten, blassen, Monokel tragenden Gecken, den Haß, den er gegen alle diejenigen hegte, während er in die schwersten Verhältnisse hinabgestoßen wurde. Täglich mußte Protopoff spielen, mußte sein Können, daß er einst nur der Kunst weihen wollte, dazu hergeben, um Parvenüs und Hochstaplern, Nichtstuern und Dirnen zum Tanze aufzugeigen.

„Ich muß Ihnen gratulieren, Sie reiten ja ausgezeichnet", begann der Baron abermals das Gespräch.

Protopoff schwieg noch immer und dankte nur mit einem leichten Kopfnicken. Was will dieser Mensch von mir, dachte er.

„Sie sind Berufsjockei?"

Dem Gefragten stieg das Blut zu Kopfe. „Nein", antwortete er hart.

„Nun, wann haben Sie denn so prächtig reiten gelernt?"

„Vor langer Zeit!"

„Wie kam es, daß Fräulein Merling Sie engagierte?"

„Ein Zufall!"

Suchlinski merkte, daß Protopoff ihm nicht antworten wollte. Doch sein Gesicht zeigte nicht die geringste Spur von Unmut. Mit noch gesteigerter Freundlichkeit sagte er: „Kennen Sie die Dame näher?"

„Nein!" antwortete Protopoff, und gab sich nicht die geringste Mühe, zu verbergen, daß ihm dieses Verhören unangenehm sei.

Doch Suchlinskis Ruhe war unerschütterlich. „Bitte, vielleicht nehmen wir auf der Bank des Gartenhäuschens Platz, ich unterhalte mich mit Ihnen sehr gern."

Protopoff wunderte sich über die Dickhäutigkeit Suchlinskis und gab der Aufforderung Folge. Suchlinski setzte sich neben ihn.

Knut hatte zugehört, als hätte er das Gespräch verstanden. Und als Suchlinski sich setzte, stellte er seine mächtigen Pratzen auf dessen Knie. Entsetzt sprang der Baron auf. Doch zu spät, die beiden vom feuchten Boden beschmutzten Pfoten hatten zwei deutliche Abdrücke auf dem schwarzen Mantel Suchlinskis zurückgelassen.

Das Gesicht Suchlinskis nahm einen brutalen Ausdruck an, und mit einem lauten Fluch gab er dem Hunde einen wuchtigen Fußtritt. Jämmerlich aufheulend, sprang Knut zurück, die Vorderpfote in die Höhe haltend, und sah seinen Herrn traurig-fragend an.

Fortsetzung folgt.

Eigentümer: Red. C. L. Mayerweg, und Red. Dr. H. Dattner. Herausgeber: Red. Dr. H. Dattner. Verleger: Red. C. L. Mayerweg. Druckerei „Rotograf", alle in Bielsko. Verantwortlicher Redakteur: Red. Anton Stafinski, Bielsko.